Das Bevölkerungsproblem Restdeutschlands.

Ein Beitrag zur Frage der Bevölkerungsbewegung in Deutschland vor, in und nach dem Weltkriege.

Auszug

aus der

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften

bei der

Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg

vorgelegt von

Bürgermeister **Wilhelm Schulz.**

Referent: Professor Dr. Hellmuth Wolff.

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Halle a. d. S. 1922.
Buchdruckerei des Waisenhauses.

I. Einleitung. Die beispiellose Vermehrung der Weltbevölkerung während der letzten 70 Jahre, insbesondere die Vermehrung der Bevölkerung Deutschlands, hat Deutschland, weil es sich wirtschaftlich überall durchsetzte, machtpolitisch isoliert. Eine hieraus entstandene Rivalität, namentlich zwischen Deutschland und England, hat zum Weltkriege geführt.

Durch den Krieg, insbesondere infolge der Millionenverluste an Menschenleben, sowie des Verlustes und der Abschnürung ausgedehnter Bevölkerungsgebiete erscheint das Bevölkerungsproblem Restdeutschlands außerordentlich verschärft.

II. Allgemeine bevölkerungspolitische Einstellung. Alle Kulturvölker der Erde sind lebensnotwendig in so hohem Grade weltwirtschaftlich verstrickt, die internationale Arbeitsteilung, als das Ergebnis nicht bloß historischer Entwicklung, sondern auch natürlicher, dem konkreten menschlichen Einfluß sich entziehender Bedingungen, ist bereits so weit organisch vorgeschritten, und alles Weltgeschehen tendiert so strenge zur Synthese, daß in diesem Gestaltungsprozeß selbst der Weltkrieg, und sei es in Wiederholungen, letzten Endes nichts anderes als bloß einen adäquaten Ausdruck der Antithese vorstellt.

Der Rückgang der Geburten ist mit Julius Wolf und Max Weber der „Rechenhaftigkeit der Gesinnung, die ihre stärksten Wurzeln im Protestantismus, Calvinismus und Puritanismus hat", zuzuschreiben. In bezug auf die Übervölkerungsfrage ist das Malthussche Bevölkerungsgesetz scharf abzulehnen, als in althergebrachten mittelalterlichen Anschauungen, den „Eingesessenen-Rechten" befangen und weil es mit seinem Kerne, wonach die Bevölkerungsvermehrung stets über den Nahrungsspielraum hinausstrebe, ganz besonders durch die letzten Jahrzehnte ad absurdum geführt worden ist.

Der Neuzeit ist ihr bevölkerungspolitisches Stichwort in der Sozialethik Adolf Wagners geworden. Wenn Adolf Wagner in bezug auf Teile Deutschlands sowie bezüglich Belgiens und Englands von dem Damoklesschwert der Übervölkerung spricht, so hat er die unentrinnbare Gefahr aus der Übervölkerung richtig gekennzeichnet. Hätte aber Deutschland, hätte England, lediglich aus Befürchtung vor dem Damoklesschwert der Übervölkerung, die bis dahin beobachtete Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik und damit die erfolgreichen weltwirtschaftlichen Beziehungen aufgeben oder auch nur umstellen, oder zurückschrauben können, ohne sich selbst aufzugeben? Fehlt es für eine gewollte Verkleinerung der Bevölkerung nicht an jedem bevölkerungspolitischen Maßstab für Umfang, Richtung und Auswirkung? Entführt nicht insbesondere die Auswanderung leicht die besten Kräfte? Läuft nicht jede solche zwangsläufige Minderung der Bevölkerungszahl auf eine Schwächung nicht nur der quantitativen, sondern auch der qualitativen Produktions- und Auftriebskräfte hinaus? Gibt sie

nicht zugleich Raum für das Einströmen minderwertiger Kräfte von außerhalb und wird durch alles das eine Übervölkerungserscheinung nicht eher verschärft als gemildert?

Sind nicht vielmehr derartige Übervölkerungsphänomene das genetische Agens allen Bevölkerungswachstums und -aufstiegs? —

Aus dem Wandel der bevölkerungspolitischen Erscheinungen und Anschauungen der Jahrhunderte fließt für die Bevölkerungspolitik der Gegenwart die Erkenntnis, sich Hand in Hand mit einer ethisch orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik ausschließlich der qualitativen Seite des Bevölkerungsproblems anzunehmen, so daß die quantitativen Phänomene nur als Nebenwirkung auftreten.

Insonderheit ist es danach Aufgabe der Bevölkerungspolitik Übervölkerungserscheinungen weder an sich zu vermeiden, noch an sich zu zerstreuen, sondern sie in sozial-ethischem Geiste in motorisch aggregate Verbindung mit dem kulturell-menschheitlichen Weltgeschehen zu setzen.

III. Die Verkleinerung des Deutschen Reiches nach dem Versailler Friedensdiktat. Insbesondere in bezug auf das Bevölkerungsgebiet und die Bevölkerungsgröße.

IV. Die Bewegung der Bevölkerung im Deutschen Reiche vor, in und nach dem Weltkriege unter besonderer Berücksichtigung der abgetretenen Gebiete. Der absolute Geburtenüberschuß der fünf Kriegsjahre ergibt für das Deutsche Reich gegenüber dem fünffachen Betrage des absoluten Geburtenüberschusses von 1913 ein Defizit von 3308426 männlichen, 1774642 weiblichen, das sind zusammen 5183068 Menschen. Dazu 336393 Sterbefälle, welche auf die Kriegsvermißten zu rechnen sind. (Insbesondere wird an der Hand des statistischen Materials des näheren untersucht, inwiefern die im Westen abgetretenen Gebiete eine niedrige Geburtenziffer und die östlichen Gebiete eine hohe Geburtenziffer gehabt haben, ebenso, inwieweit die östlichen Gebiete an den Binnen- und Auswanderungen der letzten Jahrzehnte beteiligt waren, ferner welchen Umfang die Einwanderung ausländischer Wanderarbeiter vor dem Kriege angenommen hatte, und wie sich nach dem Kriege in Restdeutschland die Einwanderung aus den abgetretenen Gebieten gestaltet hat.)

V. Spezielle bevölkerungspolitische Einstellung.

1. Durch die Gebietsverluste ist das Bevölkerungsgebiet Deutschlands in weit höherem Maße qualitativ als quantitativ geschwächt und die Bevölkerung in ihrem Nahrungsspielraum unverhältnismäßig stark beeinträchtigt;

2. durch die östlichen Gebietsgestaltungen ist Deutschland in seinem völkischen Wesen schwer bedroht;

3. durch den Verlust der östlichen Bevölkerungsgebiete ist Deutschland in seinem biologisch-potentiellen Bevölkerungsauftrieb außerordentlich geschwächt, indem nicht nur die hohe Fruchtbarkeit jener Gebiete in ihrem bodenständig originären, sondern auch in ihrem durch die Binnenwanderungen übertragenen Einfluß ausfällt, so daß seine ohnehin im starken Niedergang begriffene Geburtenkurve einem scharfen Knick zur kleinsten Geburtenziffer unterliegt, ein Rückgang, den die Sterblichkeitskurve nicht mitmacht;

4. infolge des Millionen-Geburtenausfalles während des Krieges fehlt der entsprechende Nachwuchs, — bevölkerungswirtschaftlich später auf der Aktivseite besonders fühlbar;

5. infolge des Millionenverlustes von Menschen, namentlich von jungen arbeitskräftigen Männern, und in den Ungezählten, welche durch den Krieg körperlich und geistig an Krücken gebracht worden sind, ist die Arbeitskraft der Bevölkerung Deutschlands außerordentlich vermindert;

6. wenn bereits vor dem Kriege, trotz lebhafter Aufzucht und wanderungsmäßiger Bereitstellung seitens der — nun abgetrennten oder isolierten — östlichen Reichsgebiete die vorhandenen Arbeitskräfte nicht ausreichten, um den Bedarf der deutschen Volkswirtschaft zu decken, und wenn selbst über eine Million ausländischer Wanderarbeiter noch nicht genügten, um wie viel weniger kann an den heutigen, nach Zahl und Qualität außerordentlich geschwächten reichsangehörigen Arbeitskräften ein Überfluß vorhanden sein, wo nicht nur die erhöhten Anforderungen des eigenen volkswirtschaftlichen Wiederaufbaues, sondern auch enorme Leistungen für die Entente erfüllt werden sollen;

7. von einer Übervölkerung Deutschlands kann keine Rede sein, die Bevölkerung Deutschlands erfordert im Gegenteil, um sich völkisch und ökonomisch behaupten und damit ihre Kulturmission, insbesondere in europäischer Hinsicht erfüllen zu können, nicht nur eine besondere qualitative, sondern auch eine quantitative Stärkung.

Das A und O aber aller bevölkerungspolitischen Erkenntnis der Gegenwart ist dieses: Wie die bevölkerungspolitische Einstellung an sich rein historisch weltanschaulich verankert ist, wie auch der allgemeine Geburtenrückgang a priori international weltanschaulich orientiert ist, so kann auch das Bevölkerungsproblem Deutschlands nur in den Weltbeziehungen der Völker gelöst werden. Diese internationalen Beziehungen der Völker, auf welche das Bevölkerungsproblem Deutschlands angewiesen ist, sind in erster Reihe kulturell-wirtschaftliche und als solche zwangsläufigen Gesetzen unterworfen, die zu einer Solidarität aller, besonders aber der wirtschaftlich und kulturell nächstverbundenen europäischen Völker zwingen. „Keine Nation, welche durch Handel mit anderen lebt, kann gedeihen, ohne daß auch die andern Nationen gedeihen", so heißt es in einem im Juli 1921 von der Hochfinanz der City verlautbarten Manifest. — Und wie stark selbst unter dem Gifthauch von Versailles menschheitliche Solidaritätskräfte wirksam gewesen sind, zeigt Teil XIII des Versailler Friedensdiktates, welcher von der internationalen Organisation der Arbeit handelt „zur Begründung des Weltfriedens auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit". Wenn diese Verlautbarung im „Vertrag" auch nur einen recht bescheidenen Platz einnimmt, und wenn auch die letzten Verhandlungen des internationalen Arbeitskongresses noch sehr an der Oberfläche sich bewegten, so ist doch gerade jener Passus in dem Versailler Friedensdiktat ganz außerordentlich zukunftsdeutig. Einstweilen aber schreit die internationale Solidarität immer lauter sowohl aus den Börsensälen, wie aus den Arbeitsmärkten der Welt. „Wir und auch die ganze Welt", sagt Dagens Tidning vom 5. Oktober 1921, „brauchen ein deutsches Volk, deutsche Kultur, deutsche Ordnung, deutsche Vertiefung des Lebens und des Lebensproblems. Laßt uns alle immer wieder den jetzt an der Macht Sitzenden zurufen: Europas Freiheit erfordert ein freies Deutschland." —

In dieser internationalen Wirtschafts- und Kultur-Solidarität liegt für das Bevölkerungsproblem Restdeutschlands Spielraum und Licht.